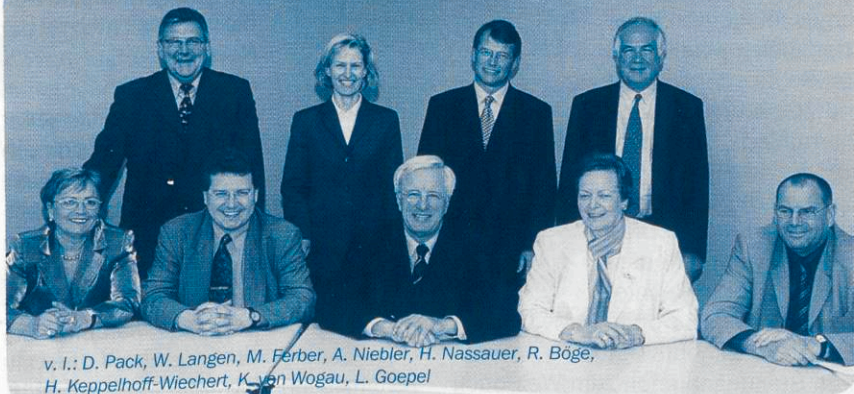


# UNION IN EUROPA

**CDU/CSU-Gruppe**  
im Europäischen Parlament

Nummer 16 · 15. November 2001 · [www.cdu-csu-ep.de](http://www.cdu-csu-ep.de)



v. l.: D. Pack, W. Langen, M. Ferber, A. Niebler, H. Nassauer, R. Böge,  
H. Keppelhoff-Wiechert, K. von Wogau, L. Goepel

## Vorstand der CDU/CSU-Gruppe wiedergewählt

Zur Halbzeit der fünften Legislaturperiode des Europäischen Parlaments haben die 53 CDU/CSU-Europaabgeordneten ihren Vorstand wiedergewählt. Hartmut Nassauer (Hessen) wurde als Vorsitzender und Markus Ferber (Bayern) als Co-Vorsitzender bestätigt. Stellvertretende Vorstandsvorsitzende wurden Reimer Böge (Schleswig-Holstein), Dr. Lutz Goepel (Sachsen), Hedwig Keppelhoff-Wiechert (Nordrhein-Westfalen), Doris Pack (CDU Saarland) und Dr. Karl von Wogau (Baden-Württemberg). Auch die beiden Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe, Dr. Werner Langen (Rheinland-Pfalz) und Dr. Angelika Niebler (Bayern) wurden wiedergewählt.

### Inhalt

Dr. Werner Langen:  
Chemikalienpolitik  
*Seite 2*

kurz & bündig:  
Aus der EVP-ED-Fraktion  
*Seite 4*

Dr. Joachim Wuermeling:  
EU-Grenzregionen  
*Seite 6*

Jürgen Schröder:  
Osterweiterung  
*Seite 7*

DR. WERNER LANGEN:

## Weichenstellung für Wettbewerbsfähigkeit der Chemieindustrie

SOZIALDEMOKRATEN UND GRÜNE STEHEN SICH AUS DER VERANTWORTUNG

**D**ie von der Europäischen Kommission vorgeschlagene neue Chemikalienpolitik muß den Schutz der Umwelt und Gesundheit gleichermaßen beachten, wie die Wettbewerbsfähigkeit der Chemieindustrie in Europa. Dies haben der Industrieausschuss und der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments in ihren Stellungnahmen zum Weißbuch für eine künftige Chemikalienpolitik der Europäischen Union unterstrichen.



W. Langen MdEP

Stellungnahme des Europäischen Parlaments, die voraussichtlich in der November-Sitzungswache des Plenums in Straßburg verabschiedet wird, ist deshalb von enormer Bedeutung, weil die Verordnungen im Mitentscheidungsverfahren von Rat und Parlament im Jahre 2002 verabschiedet werden. Die schwedische Umwelt-

kommissarin Wallström hatte angekündigt, dass sie sich in ihren konkreten Vorschlägen weitgehend an den Beschlüssen des Europäischen Parlaments orientieren will.

Die von der linken Ausschussmehrheit gegen den Widerstand der europäischen Christdemokraten unter Führung der Schattenberichterstatterin Emilia F. Müller (CSU) durchgedrückten Verschärfungen des Weißbuches sind nicht hinnehmbar. Das Weißbuch beruht auf der Registrierung, Bewertung und gegebenenfalls Zulassung von 30.000 chemischen Altstoffen, also Stoffen, die nicht dem seit Anfang der 90er Jahre geltenden Zulassungsverfahren für Neustoffe unterliegen, mit einer Menge von über einer Tonne pro Jahr.

Dieses sogenannte REACH-System wird die chemische Industrie erheblich

### Verlust tausender Arbeitsplätze droht

Im Gegensatz dazu hat eine von den Sozialisten angeführte linke Mehrheit im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments Beschlüsse gefasst, die den Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen, ungeheuer hohe zusätzliche Kosten und eine völlig maßlose und überzogene Chemiepolitik bedeuten würden. Mit dem Weißbuch der Europäischen Kommission werden die künftigen Verordnungen zur neuen Chemikalienpolitik vorbereitet und öffentlich diskutiert. Die



stärker in die Verantwortung nehmen, weil sie für die Lieferung der Daten, der Bewertungen und des Risikomanagements verantwortlich ist. Nur in bestimmten Kategorien von besonders risikobehafteten Stoffen wird ein zusätzliches Zulassungsverfahren vorgesehen. Die Zusammenführung von



E. F. Müller MdEP

Alt- und Neustoffen in einem einheitlichen Bewertungsverfahren ist richtig. Die von der Europäischen Kommission angegebenen Kosten von rund 2,1 Mrd. Euro sind jedoch erheblich zu niedrig angesetzt. Nach zwei unabhängigen Gutachten liegen die Kosten etwa beim Vierfachen, also bei weit über 8 Mrd. Euro. Die vom Umweltausschuss vorgeschlagene Verschärfung würde diese Kosten weiter in die Höhe treiben und damit die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie massiv beeinträchtigen.

Auf entschiedenen Widerstand der Christdemokraten im Europäischen Parlament werden deshalb die Vorschläge stoßen, Chemikalien unter einer Tonne in das Registrierungsverfahren einzubeziehen und die vorgeschlagene Erweiterung des Zulassungsverfahrens auf eine große Zahl weiterer chemischer Stoffe, die bisher wenig Anlass zu Besorgnis gegeben haben.

Darüber hinaus will der Umweltausschuss die Zulassungen nur zeitlich befristet gelten lassen und fordern, dass eine Vielzahl von Stoffen substituiert

werden sollen. Damit verbunden sind vorgeschlagene Stoffverbote. Es sollen nach den Forderungen der linken Mehrheit im Umweltausschuss nur noch Stoffe zugelassen werden können, die für die Gesellschaft „notwendig sind“.

Die von der Industrie vorzulegenden Daten und Bewertungen sollen

vor der Vorlage an die zuständigen Behörden von einem unabhängigen Gremium zusätzlich zu Lasten der Chemie geprüft werden.

Darüber hinaus sollen in öffentlichen Datenbanken alle Informationen offen zugänglich sein. Während die Christdemokraten und die gesamte EVP-ED-Fraktion geschlossen die Positionen der deutschen und europäischen Gewerkschaften, der chemischen Industrie Europas, der Bundesregierung und des Bundesrates vertreten, stehen sich die deutschen Sozialdemokraten und Grünen aus der Verantwortung. Nur wenn die Abgeordneten der rot-grünen Berliner Regierungskoalition von dieser unverantwortlichen Linie abweichen, besteht eine Chance für das Europäische Parlament einen vernünftigen Mittelweg für eine zukunftsweisende Chemikalienpolitik zu finden.

*Dr. Werner Langen (CDU Rheinland-Pfalz) ist Mitglied im Industrieschuss des Europäischen Parlaments und Berichterstatter zum Weißbuch zur Chemikalienpolitik.*

## kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

### ■ **EVP unterstützt EU-Kommission**

Im Zusammenhang mit jüngst in Medien laut gewordener Kritik an Kommissionspräsident Romano Prodi hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering**, der EU-Kommission und ihrem Präsidenten sein Vertrauen ausgesprochen. „Die Kommission als Gemeinschaftsinstitution muss gestärkt werden und darf nicht durch Angriffe auf ihren Präsidenten durch die Regierungen der Mitgliedstaaten geschwächt werden“, erklärte Pöttering.

Er forderte den Kommissionspräsidenten zu „mutigem und entschlossenem Handeln“ auf, um die Kommission zu verteidigen. Die Kritik an der Person des Kommissionspräsidenten liefe letztlich auf eine Schwächung der Kommission als Institution hinaus. Von den Regierungen der Mitgliedstaaten forderte Pöttering, dass sie den Struktur Schwächen und der mangelnden Transparenz des Rates als Gesetzgeber mehr Aufmerksamkeit widmeten anstatt mit Kritik an Prodi, die Kommission zu schwächen.

„Die Europäische Union braucht im Zeichen der Erweiterung und der großen Herausforderungen der internationalen Politik eine starke Kommission“, sagte Pöttering weiter. Sonst bestehe die Gefahr, dass die Europäische Union zu einer bloßen Zusammenarbeit von Regierungen verwässere und nicht als eine starke und

einige Kraft in Europa und der Welt handlungsfähig sei.

### ■ **WTO braucht ständige Parlamentarische Versammlung**

Die Einsetzung einer effizienten Parlamentarischen Versammlung als „Sprachrohr der Völker der Welt in Handelsfragen“ fordern der Vizepräsident der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Ilkka Suominen**, Finnland, und der Generalberichterstatler des EP für die WTO, **Konrad Schwaiger** (CDU). Beide EVP-Europaabgeordnete, die Mitglieder der Delegation des Europäischen Parlaments bei der 4. WTO-Ministerkonferenz in Qatar/Doha vom 9. bis zum 13. November sind, betonten, daß die WTO ihre Effizienz ausbauen und für die Bürger der Welt verständlicher und einsichtiger werden müsse.

Suominen und Schwaiger unterstrichen weiterhin, daß die WTO durch die bevorstehende Mitgliedschaft Chinas und Taiwans als wichtige Handelspartner Europas und der späteren Mitgliedschaft Russlands eine globale Dimension erhalten werde, die ihr noch mehr weltweite Repräsentativität verleihen und sie vor neue Herausforderungen stellen werde, ihre Strukturen anzupassen und ihre Arbeitsweise zu verändern.

Nach dem 11. September, so die EVP-Europaparlamentarier, komme es besonders darauf an, daß die Europäische Union und insbesondere das Eu-



ropäische Parlament auch als Antwort auf den Terrorismus unbeirrt den Weg für mehr Offenheit und Demokratie in der WTO weitergingen und die notwendigen Reformen resolut anpackten. „Wir brauchen einen freieren und faireren Welthandel, nicht eine Abschottung in Protektionismus und Rückfall auf nationale Märkte“, so Suominen und Schwaiger abschließend.

### ■ Euro-Mittelmeerforum in Brüssel

Zu einer Politik der Verständigung der Kulturen hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering**, im Rahmen des Euro-Mittelmeerforums aufgerufen. Pöttering sagte, dass durch eine neue Dimension der internationalen Zusammenarbeit terroristischen Anschlägen der Nährboden entzogen werden müsse. Nachdrücklich warnte Pöttering davor, nicht in die Falle eines globalen Kulturkampfes zu laufen.

Vor Parlamentariern aus den Mittelmeerländern und dem Europäischen Parlament sagte Pöttering weiter, dass der Mittelmeerraum prädestiniert sei für den Dialog der Kulturen und Religionen. Gerade die Mittelmeer-Region müsse zu einem Raum des Wohlstandes werden, um dauerhaft den Frieden zu sichern. Die Europäische Union habe hier besondere Verantwortung übernommen z. B. im Rahmen des „Barcelona-Prozesses“ und mit finanziellen Hilfen durch das MEDA-Programm, mit denen beispielsweise überregionale Infrastrukturprojekte unterstützt werden.

Eine Schlüsselstellung nehme das östliche Ufer des Mittelmeers ein, erklärte Pöttering weiter. Ein Frieden im

Nahen Osten setze die Anerkennung eines eigenen palästinensischen Staates ebenso voraus wie eine Garantie des Staates Israel in sicheren Grenzen. Der Barcelona-Prozess könne dabei eine wichtige Rolle spielen, da er derzeit das einzige Forum sei, in welchem Araber und Israel an einem Tisch sitzen. Pöttering richtete einen dringenden Appell an beide Seiten alles zu tun, um den Frieden in der Region dauerhaft zu sichern.

### ■ Dalai Lama im EP

Der hessische CDU-Europaabgeordnete **Thomas Mann**, Präsident der Tibet Intergroup des EP, verbuchte einen großen Erfolg für die Sache Tibets. Nach vier Monaten harter Überzeugungsarbeit in sämtlichen Fraktionen konnte er erreichen, dass der Dalai Lama erstmals eine Rede vor dem Plenum des Europäischen Parlaments hielt. Thomas Mann: „Die Bedeutung dieses Auftrittes wird dadurch unterstrichen, dass der Dalai Lama alle anderen Termine in Europa aus Sicherheitsgründen abgesagt hatte. Einzig den Besuch im Europäischen Parlament nahm er wahr.“ In seiner Ansprache machte sich der Friedensnobelpreisträger für einen weiterführenden Dialog mit der chinesischen Führung stark – zu einer friedlichen Lösung des Tibet-Konflikts gäbe es keine Alternative. In Anspielung auf die Ereignisse des 11. September betonte er, dass es die Aufgabe der Weltgemeinschaft sei, Dialog und Gewaltfreiheit zum Fundament des neuen Jahrhunderts zu machen – daher sei es notwendig, ein internationales Konfliktfrühwarnsystem zu installieren.

DR. JOACHIM WUERMELING:

## EP korrigiert unzureichenden Kommissionsvorschlag für die Grenzregionen

**D**as Europaparlament hat in den EU-Haushalt mehr Mittel für die Grenzregionen zu den Beitrittsstaaten eingestellt. Gerade für die Bundesrepublik mit ihrer langen Grenze zu Polen und der Tschechischen Republik hat dieses Entscheidung Signalwirkung. Umso verwunderlicher ist es, dass diese ansonsten länder- und fraktionsübergreifende Initiative von Seiten deutscher SPD-Abgeordneter im EP nicht in jeder Hinsicht unterstützt worden ist.

In einem ersten Schritt wurden für 2002 Hilfen von 30 Mio. DM für den Mittelstand sowie eine besondere Berücksichtigung der Grenzregionen bei den bestehenden Bildungs- und Innovationsprogrammen bewilligt. Um eine Verdopplung der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Mittel auf 800 Mio. DM zu ermöglichen, wurde ein neuer Budgettitel geschaffen. Dort kann Geld eingestellt werden, sobald eine Rechtsgrundlage für die Ausgabe der Mittel in Kraft gesetzt worden ist. Dazu verlangt das Parlament von der Kommission einen Vorschlag. Solange ein solcher nicht vorliegt, blockiert das Parlament Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der



J. Wuermeling MdEP

Kommission. Das Parlament sah sich zu diesem Schritt veranlasst durch das unzureichende Engagement der Kommission für die Grenzregionen zur Vorbereitung auf die Osterweiterung. Es ist schon erstaunlich, mit welcher Leichtigkeit die Kommission über die Sorgen und Nöte von über 30 Millionen Menschen in den Grenzregionen hinwegsieht. Warum wird die für die EU so wichtige Osterweiterung nur mit einem Sparetat in den Grenzregionen vorbereitet? Nunmehr obliegt es der Kommission, die Rechtsgrundlage für ein Sonderprogramm Grenzregionen zu schaffen. Die dafür erforderlichen Mittel können mobilisiert werden, sofern nur der politische Wille dafür vorhanden ist. Das Votum des Parlaments können die Regierungen der Mitgliedstaaten nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit zurückweisen.

Inhaltlich darf ein solches Programm nicht nur, wie es die Mitteilung der Kommission vom Juli diesen Jahres vorsieht, rein grenzüberschreitende Projekte unterstützen, die nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Grenzregionen selbst im Visier haben. Vielmehr benötigen die betroffenen Regionen Hilfen für regional



tätige mittelständische Betriebe, die sich plötzlich einer Billiglohnkonkurrenz ausgesetzt sehen. Mit Spezialisierung, Innovation, neuem Marketing und Qualifizierung der Arbeitnehmer müssten sie sich bis zum Auslaufen der Schutzfristen 2011 Geschäftsfelder erarbeiten, in denen sie nicht mehr mit Betrieben aus den Beitrittsstaaten konkurrieren.

Nach der Vorlage aus dem Europäischen Parlament ist nun die Bundesre-

gierung gefordert, im Ministerrat eine Blockade der Vorschläge zu verhindern. Dafür reicht eine Sperrminorität von einem Drittel der Stimmen aus. Wenn Rot-Grün uns schon nicht mit Bundesmitteln hilft, sollte wenigstens die Erhöhung der EU-Mittel ermöglicht werden.

*Dr. Joachim Wuermeling ist Sprecher des Verbundes der Europaabgeordneten aus den EU-Grenzregionen. Parlaments.*

JÜRGEN SCHRÖDER:

## Tschechien auf dem Weg in die EU

REFORMEN MÜSSEN WEITER BESCHLEUNIGT WERDEN

**D**ie Tschechische Republik macht gute Fortschritte auf dem Weg in die Europäische Union. Sie erfüllt die politischen Kriterien von Kopenhagen, und auch die wirtschaftlichen Kriterien einer funktionierenden Marktwirtschaft sind weitgehend gewährleistet.

Die Beitrittsverhandlungen mit Tschechien sind daher vergleichsweise weit vorangeschritten. Alle Kapitel außer den Kapiteln 30 (Institutionen) und Kapitel 31 (Verschiedenes) sind geöffnet worden. Seit der Eröffnung der Verhandlungen im März 1998 konnten bis zum Sommer diesen Jahres 19 Kapitel (z. B. Außenbeziehungen, Wirtschafts- und Währungsunion, Umweltpolitik und Verbraucherschutz) erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Regierungspolitik des Beitrittskandidaten ist geprägt von einer Interessendualisierung zwischen einer Min-

derheitsregierung der Sozialdemokraten (CSSD) unter Premierminister Zeman und der größten rechtsgerichteten Opposition (ODS), die von Vaclav Klaus geführt wird. Durch ein sogenanntes Oppositionsabkommen hat sich die ODS Mitspracherechte in der Regierungspolitik sowie bestimmte Staatsämter gesichert, was faktisch einer Koalitionsregierung gleichkommt. Diese spezielle Regierungsart wird voraussichtlich noch bis zu den nächsten Wahlen des Tschechischen Abgeordnetenhauses Mitte 2002 halten.

In einigen Bereichen des politischen und wirtschaftlichen Lebens der Tschechischen Republik gibt es allerdings noch Kritikpunkte bzw. Verbesserungsmöglichkeiten. Entscheidendes Hindernis für die weitere Entwicklung könnten die sich weiter ausbreitende Korruption und die Wirtschaftskriminalität sein. Das

Europäische Parlament hatte bereits in seiner Entschließung vom 4. Oktober 2000 zur Erweiterung die Kandidatenstaaten aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Korruption und organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Die seit 1998 in Tschechien laufende Kampagne „Saubere Hände“ hat keine zufriedenstellenden Änderungen bewirkt. Ein im Frühjahr 2001 vorgelegter Bericht über die Korruption kam zu dem Schluss, dass die Korruptionsfälle bei Beamten weiter ansteigen und die Korruption insgesamt in Tschechien deutlich über dem europäischen Durchschnitt liegt. Genau diese Problematik

ist ein entscheidendes Hindernis, das schnell überwunden werden muss, um den Ausbau staatlicher Infrastrukturen nach EU-Muster zu ermöglichen.

Vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklung wird von EU-Seite auch weiterhin eine Verstärkung der Grenzkontrollen verlangt. Es hat in diesem Bereich kaum Fortschritte gegeben, obwohl die tschechische Regierung schon im Jahr 1999 entsprechende Pläne zur Verbesserung der Grenzverwaltungen und Grenzkontrollstrukturen ver-

abschiedet hatte. Weiterhin ist die Grenzpolizei personell unterbesetzt und mangelhaft ausgerüstet. Diese Entwicklung ist auch vor dem Hintergrund der Zunahme der illegalen Einwanderung und der steigenden Nutzung Tschechiens als Transitland von Bedeutung.



J. Schröder MdEP

Die gesamtwirtschaftliche Lage der Tschechischen Republik ist dagegen insgesamt als gut einzustufen, insbesondere wird es ihr auf mittlere Sicht möglich sein, dem Wettbewerbsdruck der Konkurrenten aus den anderen EU-Mitgliedstaaten standzuhalten. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die strukturellen Reformen weiter beschleunigt werden. Die Privatisierungsvorhaben sollen in den nächsten zwei Jahren abgeschlossen werden. Begleitend ist vorgesehen, das wirtschaftliche Umfeld durch eine Änderung der Einkommenssteuer und eine Reform des Rentensystems zu verbessern.

*Jürgen Schröder (CDU Sachsen) ist Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments.*

## Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, IHZ, 11011 Berlin, Telefon 030-20 96 13 22, e-mail: stephan.mock@cducsu.bundestag.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-8 02-0. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.